

VOR 40 JAHREN

Terroristen haben am 5. September 1972 das olympische Dorf in München gestürmt. Elf Mitglieder der israelischen Mannschaft nahmen sie als Geiseln. Die Angreifer wollten die Freilassung von Terroristen und Palästinensern aus israelischen Gefängnissen erpressen. Neun Israelis, ein Polizist und fünf der acht Täter starben. Aber die Spiele gingen weiter. Leser debattieren über die Ursachen und Folgen:

Statt zu unterbrechen

Ich finde es ungeheuerlich, dass man (...) die Spiele (vorläufig) fortgesetzt hat, um dann über Unterbrechung oder Abbruch zu beraten, statt sofort zu unterbrechen. Schlimm ist auch, dass versagt hat, was als vierte Gewalt oder auch als Gewissen der Nation gesehen wird – die Presse, um diese Tageszeit repräsentiert durch Fernsehen. Während israelischen Sportler vor den Maschinengewehren arabischer Gangster zittern, über Ringen und Paddeln zu berichten, dazu gehört eine eigenartig ambivalente Betrachtungsweise. (...)

Kein Polizeistaat

(...) Schon kommen die Besserwisser und werfen uns vor: Das hätte verhindert werden können! In unserer Gesellschaft kann so etwas nicht verhindert werden. Das hätte mit Sicherheit Herr Hitlers Staat nicht passieren können. Aber die Bundesrepublik ist eben nicht mehr der Staat des Herrn Hitler. Bei uns sind nun andere Normen des Umganges mit Menschen gültig, dank einer entsprechenden Umerziehung, an deren Folgen die daran beteiligten Angelsachsen und vielleicht auch Kommunisten sich einmal erinnern sollten!

Bruch mit Ägypten

(...) Wenn Herr Genscher behauptet, dass der Flug nach Kairo den sicheren Tod für die Geiseln bedeutet hätte, so wäre es die Pflicht der Bundesregierung, die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten abzubrechen und alle ägyptischen Staatsbürger in Deutschland auszuweisen, ebenso wie die Staatsbürger des Libanon, von Syrien und Algerien. Aber leider ist offensichtlich entweder falsch verstandene Humanität oder das Geschäftsinteresse größer als Versuche, diesen Terrorakten voll und in der Wurzel zu begegnen. (...)

KORREKTUREN

In dem Artikel „Zwischen Meister Eder und Börsenkonzern“ vom 6. September und in der Dachzeile auf Seite 20 hieß es, die deutschen Handwerker würden im Jahr eine halbe Milliarde Euro umsetzen. Tatsächlich sind es um die 500 Milliarden Euro.

In „Platz da!“ vom 6. September auf Seite 4 war die Zahl der im Jahr 2011 getöteten Radfahrer falsch angegeben. Es starben nicht 614, sondern 399 Fahrradfahrer. 614 ist die Zahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Fußgänger.

ANZEIG



Advertisement for 'WHO'S PERFECT' furniture sale with the text 'Sofas Betten Schränke Tische Stühle' and 'So will ich leben'.

„WOLLT IHR UNS JUDEN NOCH?“

Eine Debatte muss möglich sein, auch über Rituale

Außenansicht von Charlotte Knobloch vom 5. September:

Ja, wir wollen euch

Wir müssen Charlotte Knobloch dankbar sein für diese Frage. Und ich möchte ihr zu rufen: Es gibt viele Deutsche, die dankbar dafür sind, dass Juden wieder in Deutschland leben, und die alles dafür tun möchten, dass sie sich hier sicher und heimisch fühlen. Erstaunt bin ich, dass Frau Knobloch sagt, sie liebe dieses Land. Vielen von uns fällt es wohl nicht so leicht, das zu sagen. Nach längerer Überlegung komme ich dann zu der Aussage „irgendwie doch, trotz allem“. Und dies resultiert auch daraus, dass Juden hier leben und hier leben können, wenn auch nicht so selbstverständlich, wie ich mir wünsche.

Erstaunt bin ich, dass Frau Knobloch ihren Aufschrei nun gerade an der Frage der Beschneidung festmacht (War die Diskussion darüber der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte?). Dann auch wieder nicht, denn es ist uns klar, welche zentrale Bedeutung die Befolgung dieses Auftrages Gottes an sein Volk unverändert hat. Aus meiner Sicht kommen in der Diskussion zu dieser Frage die gleichen abstrusen Meinungen denkschwacher Menschen zum Ausdruck wie bei vielen anderen Themen auch. Es kann doch nur darum gehen, gesetzliche Regelungen zu treffen, die das bisher geübte – soweit es kultischen Charakter hat – auch bei uns rechtssicher machen, damit nicht ein verwirrt Richter erneut ein Urteil fällen kann, welches sich auf den Buchstaben des Gesetzes stützt. Vielleicht war der Richter auch gar nicht so verwirrt, sondern wollte nur darauf aufmerksam machen, dass die ausreichende rechtliche Grundlage hier fehlt.

Ich hoffe, dass es eine ausreichende Anzahl Deutscher gibt, die Frau Knobloch und allen Juden, die sich die gleiche Frage stellen, antworten: ja, wir wollen euch und sind dankbar dafür, dass ihr hier seid.

Christian Möbius, Augsburg

Falscher Zusammenhang

Zunächst einmal ganz deutlich: Ich bin heilfroh, dass ich in einem Land lebe, in dem der Handlungsumfang von Religion offen besprochen werden kann. Und dass auch der Handlungsraum der jüdischen Religion besprochen werden darf – ungeachtet der stattgefundenen Verbrechen. Es wäre sehr einschränkend, wenn solche Debatten gerade in Deutschland nicht mehr geführt werden dürften. Denn was soll die geografische Lage mit dem Inhalt einer Diskussion zu tun haben?

Dieses Land kennt die wunderbare Eigenschaft der Religionsfreiheit. Es ist meines Erachtens wünschenswert, wenn sich



Charlotte Knobloch, die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, kritisiert die Debatte über Beschneidungen. FOTO: DPA

Religionsfreiheit endlich als Glaubensfreiheit versteht. Die Gegenrede ist in diesem Fall immer zirkulär, so auch von Frau Knobloch. Das Problem besteht darin, wenn es nur darum gehen soll, Bestehendes qua Bestand zu legitimieren. Den „unzähligen Besserwissern aus Medizin, Rechtswissen-

schäften, Psychologie oder Politik“ trauen wir an anderen Stellen auch zu, diese Gesellschaft maßgeblich zu gestalten. Glaube und Religion sollten hier keine Ausnahme bilden. Vielleicht krankt die Debatte aber auch an einem weiteren Aspekt. „Inzwischen ist dort ein Haufen aufgeschüttet, der zwischen Juden und Nichtjuden in diesem Land steht.“ Es geht hier eventuell nicht um Juden und Nichtjuden. Eventuell geht es hier einfach um die oben genannte Frage danach, was Religions- und was Glaubensfreiheit in einem Land wie Deutschland sein kann und soll. Und diese Debatte sollte von jedem denkenden Menschen geführt werden dürfen.

Der Holocaust ist eine menschliche Katastrophe gewesen, die in der Geschichte wohl mit wenigen Verbrechen zu vergleichen ist. Das Vernichtungsziel der Nationalsozialisten hat allerdings rein gar nichts mit der Debatte zu tun, die heute in Zusammenhang mit der Beschneidung aufgekomen ist. Ich bin selbst schwul, und obwohl die Vernichtungsdebatte der Nationalsozialisten sich auch gegen gleichgeschlechtlich liebende Menschen gerichtet hat, würde ich es als wenig stimmig erachten, diese Tatsache in die heute in Deutschland auf sehr unerquickliche Weise geführte Debatte um die Eheschließung homosexueller Partnerschaften einzubringen. Warum? Weil auch diese beiden Zusammenhänge nichts miteinander zu tun haben.

Die Frage zu stellen, „Wollt ihr uns Juden noch?“ ist die beste Frage, um den Haufen unnötig in den Himmel zu treiben. „Trotzdem leben wir in diesem Land“, schreibt Frau Knobloch. Wunderbar! Aber dann bitte auch in dieser Zeit.

Angel Ramirez, Berlin

Chancen verbaut

Ich stimme Frau Knobloch in vielen Dingen zu, auch in ihrem Gefühl von Resignation; auch ich hätte mir nicht vorstellen können, dass kultivierte Deutsche noch einmal so auf unseren jüdischen Traditionen herumtrampeln wie jetzt in der Beschneidungsfrage. Es ist nicht klug und verbaut Chancen für Bündnisse, dass Frau Knobloch diesen Angriff auf jüdische und islamische Rituale in Zusammenhang bringt mit Kritik an der gewaltsamen Ungerechtigkeit, mit der Israel den Palästinensern

ihre Land wegnimmt und sie unterdrückt. Sinnvoll und richtig wäre es stattdessen, dass wir gegen diese israelischen Ungerechtigkeiten Stellung beziehen. Wir würden damit die moralischen Traditionen des ausgerotteten deutschen Judentums eines Leo Baeck und Martin Buber hochhalten.

Prof. Dr. Rolf Verleger, Lübeck

Argumente fehlen

Wollt ihr Juden unsere Demokratie noch? Diese Frage muss an Frau Knobloch angesichts ihres Artikels gestellt werden! Unsere demokratische Kultur lebt davon, dass gesellschaftlich kontroverse Meinungen in einem offenen Diskurs kritisch erörtert werden! Nicht immer hören wir dabei Argumente, die den unseren entsprechen. Manches kann uns im Einzelnen auch verärgern. Frau Knobloch jedoch greift nicht argumentativ in die Diskussion ein, versucht

Einfache Lösung

Die Frage der Beschneidung lässt sich sehr einfach lösen: Man verschiebe das Ritual, bis der Junge 16 Jahre alt ist, und lasse ihn dann entscheiden, ob er beschnitten werden will oder nicht.

Roland Jahn, Berlin

eben nicht die Argumente der Kritiker zu widerlegen, sondern versucht allein die Personen, die Kritik an der Beschneidung von unterschiedlichen Seiten erörtern, verächtlich zu machen.

Experten aus Medizin, Rechtswissenschaft, Psychologie werden als „unzählige Besserwisser“ tituliert, ihre fachliche Qualifikation gänzlich pauschal bestritten, indem sie sie zu „vermeintlichen Experten“ und „selbsternannten Retter(n)“ herunterstufte. Kein einziges Argument dieser Personengruppen wird jedoch von ihr kritisch erörtert, um aus ihrer Sicht widerlegt zu werden! Wozu auch! Sie belässt es dabei, auf die moralische Pauke zu schlagen, indem sie jüdische Existenz infrage gestellt sieht (wieso eigentlich?). Wer die inhaltliche argumentative Auseinandersetzung mit strittigen Themen in der Gesellschaft verweigert oder gar verhindern möchte, wie Frau Knobloch es zu tun versucht hat, dem rate ich auszuwandern: Aber nicht nach Israel, sondern nach Russland!

Thomas Gutzmann, Nürnberg

WEITERE LESERBRIEFE

Streit friedlich beilegen

Als Taiwaner habe ich den Artikel „Ungebetene Insel-Diplomatie“ vom 5. September mit großem Interesse gelesen. Nicht nur US-Außenministerin Hillary Clinton warnt vor der Gefahr einer Konfrontation im Süd- und im Ostchinesischen Meer und wirbt deshalb für einen verbindlichen Verhaltenskodex. Ma Ying-jeou, der Präsident der Republik China auf Taiwan, hat bereits Anfang August eine Initiative zur Friedenssicherung im Ostchinesischen Meer gestartet. Darin hat er alle Nationen, die die Diayutai-Inseln für sich beanspruchen, aufgefordert, ihre Streitigkeiten über die Frage der Hoheitsgewalt über die Inseln beizulegen und stattdessen gemeinsam die Ressourcen des Ostchinesischen Meeres zu erschließen. In der Souveränitätsfrage selbst wird die Republik China allerdings nicht nachgeben. Auch wenn die Diayutai-Inseln im Jahr 1895 von Japan unrechtmäßig annektiert worden sind, gehören sie zum

Hoheitsgebiet der Republik China. Der Präsident meines Landes hat alle beteiligten Seiten aufgefordert, keine feindseligen Schritte zu unternehmen. Sein Vorschlag beinhaltet, die Streitigkeiten durch friedliche Gespräche beizulegen, die international gültigen Gesetze zu achten und einen Konsens zu einem Verhaltenskodex im Ostchinesischen Meer zu finden.

Bo-sung Hsu, München

Taipeh Vertretung in Deutschland

Französische Freunde

Bei der Bewertung des Altkanzlers wird sein krampfhaftes Bedürfnis nach einer Gleichwertigkeit Deutschlands mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges vergessen („Der Koloss von Bonn“, 4. September). Frau Thatcher hat sich 1984 seine Teilnahme bei den Feierlichkeiten zum vierzigsten Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie zu Recht verbeten. Deswegen hat Helmut Kohl den Zirkus auf

dem Soldatenfriedhof in Bitburg veranstaltet. So wie der Schnee in Russland der Wehrmacht hat der Schnee in der Eifel, der die SS-Gräber überdeckte, Herrn Kohl einen Strich durch die Rechnung gemacht. Mit seinem Freund Mitterrand wurde dann die Teilnahme deutscher Panzer bei der Parade am 14. Juli in Paris verabredet, sein Zehn-Punkte-Programm zur Wiederherstellung der deutschen Einheit hat er jedoch mit Mitterrand nicht abgesprochen. Damit hat der Adenauer-Enkel Kohl den Deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 nicht eingehalten, der eine Konsultation beider Regierungen bei allen wichtigen Entscheidungen vorsieht.

Hervorzuheben ist andererseits, dass de Gaulle im Gegensatz zu den späteren Regierungschefs Englands und Frankreichs ein Befürworter der Wiedervereinigung war. Diese Erkenntnis habe ich von York von Wartenburg. Er war im diplomatischen Dienst. Einmal in den sechziger Jahren war er bei uns zu Gast, und auf Frage meines Va-

ters, welche der Alliierten Regierungen am ehesten die Wiedervereinigung befürwortete, antwortete York von Wartenburg: de Gaulle.

Leopold v. Saint George, Köln

Mutig und grell

Konservative trauen sich also tatsächlich, einen Film zu machen, der den Linkspopulismus eines Obama, der sich aus den 68ern entwickelte, thematisiert („Wie Batman – nur ohne Muskeln“, 30. August). In Anbetracht dessen, dass Obama und die Demokraten in der kulturellen Szene und in Hollywood den Ton angeben, muss man von Mut sprechen. Dass der Film zu grell geriet – wie Peter Richter schildert – ist typisch amerikanisch und die Filme von Michael Moore sind nicht weniger grell, aber das wurde nicht kritisiert. Es gibt vieles an Obama zu bemängeln, er vertritt einen Linkstrend, der ähnlich wie in Deutschland zu einer kulturellen Selbstauflösung führt.

Etta Ehlers, Hamburg

Abonnement: www.sz.de/abo Die Süddeutsche Zeitung wird als Zeitung und digital vertrieben. Sie erscheint werktäglich, freitags mit SZ Magazin.

Monatsbezugpreise inkl. Umsatzsteuer: Zeitung bei Zustellung frei Haus: in Bayern 49,90 Euro, außerhalb Bayerns 48,90 Euro, für Studierende 23,90 Euro (nach Vorlage einer Bescheinigung). Weitere Preise (z.B. im Ausland) und Bestellung online. SZ Digital (inkl. SZ E-Paper): 29,99 Euro, Vorzugspreis für tägliche Abonnenten 7,50 Euro. Bankverbindung: Postbank München 5 54 18 03, BLZ: 700 100 80. Das Abonnement kann schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende bzw. zum Ende eines vorausberechneten Bezugszeitraumes gekündigt werden.

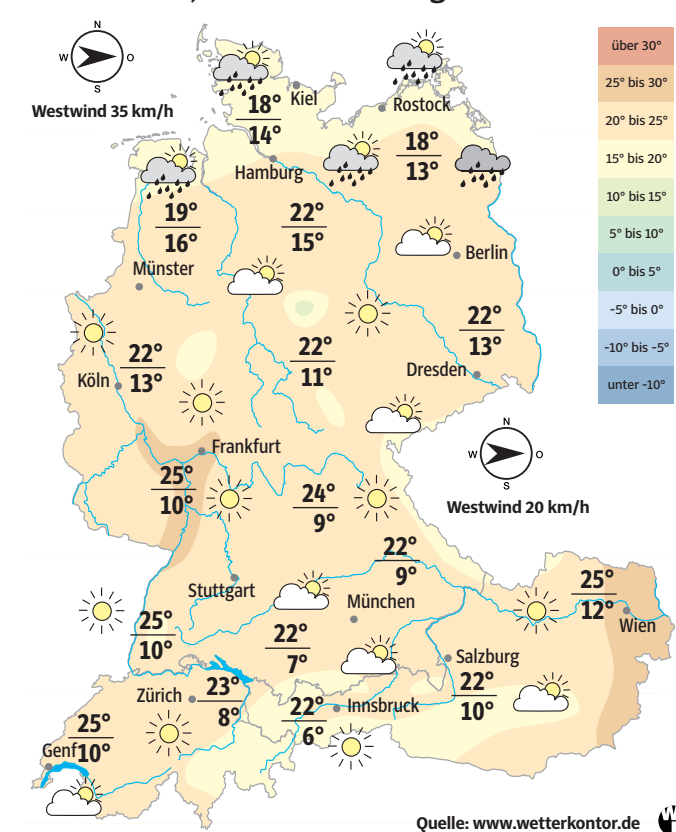
Abonnenten- und Leserservice: Telefon (089) 21 83-80 80, Fax (089) 21 83-82 07, www.sz.de/abo und www.sz.de/digital (Bestellung, Information, Service)

SUEDDEUTSCHE ZEITUNG (USPS No. 0541550) is published daily except Sunday and holidays by Sueddeutsche Zeitung GmbH. Subscription price for USA is \$590 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: SUEDEUTSCHE ZEITUNG, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, die Texte zu kürzen. forum@sueddeutsche.de

DAS WETTER

Oft freundlich, an den Küsten Regen



Weather forecast section including 'Wetterlage', 'Aussichten', 'Samstag', 'Sonntag', 'Montag', 'Sonne und Mond', and 'Wetterhistorie München'.

Table of weather forecasts for various German cities including Berlin, Hamburg, Frankfurt, etc.

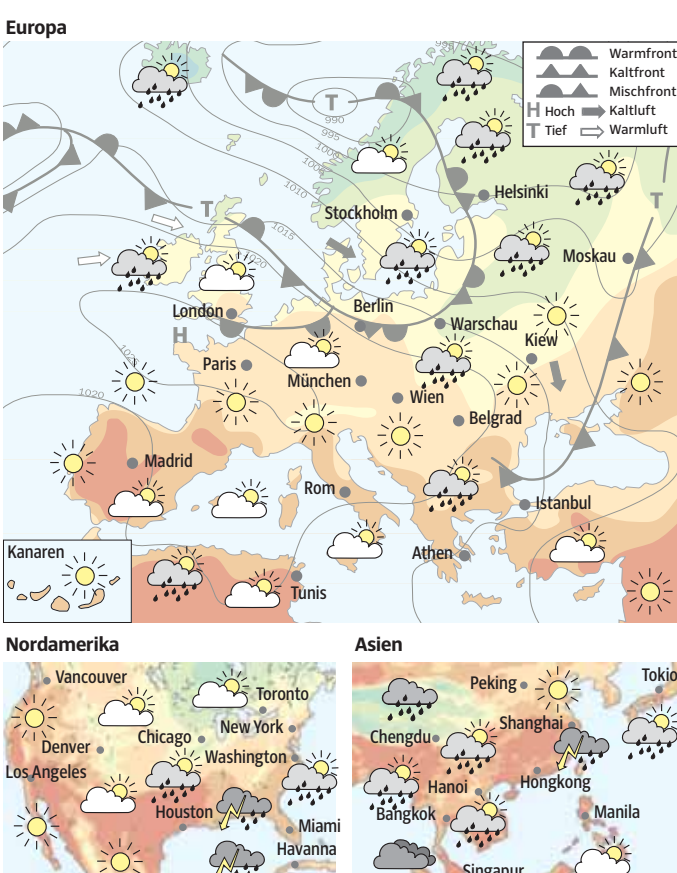


Table of weather forecasts for various European and international cities including Amsterdam, London, Paris, etc.